

Update für Europa – Zusammenhalten. Besser machen.

Schwerpunkte der Europa-SPD zur deutschen Ratspräsidentschaft 2020

Europa muss fairer, sozialer und nachhaltiger werden. Die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind entschlossen, die Chance der deutschen Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 zu nutzen, um die Europäische Union voranzubringen. Die SPD-Europaabgeordneten setzen dabei vor allem auf sechs Kernpunkte:

1. Europas Weg aus der Krise
2. Zukunft wird mit Mut gemacht – Green Deal und Digitalunion
3. Europäisches Auffangnetz für Beschäftigte knüpfen
4. Für einen humanen und solidarischen neuen Migrationspakt
5. Rechtsstaat und Demokratie verteidigen
6. Gesundheitsunion – Austausch von Masken, Arznei, Medizingeräten

1. Europas Weg aus der Krise

Die Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss die Bewältigung der Corona-Krise werden, also das Wiederaufbaupaket für Europa und der mehrjährige EU-Finanzrahmen, die dieses Jahr verabschiedet werden müssen. Europa muss dabei zeigen, dass es in schwerer Zeit solidarisch handelt und den Menschen Halt geben kann.

Der **Europäische Green Deal im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele** ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der logische Weg zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Gesellschaft. Keine Mittel aus der langfristigen Finanzplanung der EU dürfen dem Green Deal widersprechen. Die Ausgaben für die Klimapolitik müssen erhöht werden. Entgegen den Vorstellungen vieler Konservativer muss sich Europa so erholen, dass der **sozial-ökologische Wandel** eingeleitet wird. Wiederaufbaufonds und langfristige EU-Finanzplanung müssen nachhaltige Investitionen fördern - vor allem in erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die **Digitalisierung** und die Umrüstung der Industrie sowie den Aufbau einer bedeutsamen grünen Wasserstoffwirtschaft. Dabei setzen wir uns zudem dafür ein, dass die Mittel sowohl Frauen als auch Männer

gleichermaßen erreichen und die Schäden an der Gleichstellung, durch die Folgen der Corona-Krise, ausgeglichen werden

Solidarische Wende zur Stärkung Europas

Ein wichtiger Fortschritt für Europa und eine angemessene Antwort auf die Krise ist, dass gerade den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern aus dem anleihebasierten Wiederaufbauprogramm auch **Zuschüsse statt allein Kredite** gezahlt werden sollen. Diese Stärkung Europas ist nicht zuletzt den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der deutschen Bundesregierung zu verdanken. Kaum ein Land profitiert so sehr von der EU wie Deutschland – vor allem von steigender Kaufkraft im EU-Ausland. Unser Erfolg und Wohlstand sind untrennbar mit dem unserer europäischen Nachbarn verknüpft.

Die Infrastruktur vieler Länder, hat nach der Finanzkrise besonders unter den Auflagen **einer verfehlten einseitigen Kürzungspolitik** gelitten. Das gilt für das Straßen- und Verkehrsnetz, die Strom-, Wasser- und Internetversorgung, aber auch für öffentliche Krankenhäuser oder Kliniken. Diese Länder sind heute besonders von der Pandemie betroffen. Wir dürfen uns nicht schon wieder tiefer in die Krise sparen.

EU-Eigenmittel statt Belastung nationaler Haushalte

Um Europa wieder in Gang zu bringen und krisenfester zu machen, muss die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft institutionell vertieft werden, insbesondere braucht sie neue Einnahmequellen. Wer Europa stärken will, muss den EU-Haushalt stärken: Weg von den Überweisungen aus nationalen Haushalten zu **echten EU-Eigenmitteln**.

Für EU-Eigenmittel gibt es zahlreiche sinnvolle Vorschläge, auch aus dem Europäischen Parlament: **Plastikabgabe, Kerosinabgabe oder die Ausweitung des Emissionshandels auf Luft- und Seeverkehr**.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der Mangel eines koordinierten und solidarischen Ansatzes gegen die Pandemie auf europäischer Ebene hat zu nationalen Alleingängen geführt - mit schwerwiegenden Konsequenzen für BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen. Wenn die EU gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgehen will, muss sie jetzt die richtigen Weichen dafür stellen und mit einem dringend notwendigen Reformprozess beginnen. Deshalb kommt die zweijährige Konferenz zur Zukunft Europas zum richtigen Zeitpunkt. Für uns SozialdemokratInnen ist die starke **Beteiligung der BürgerInnen** ein zentraler Baustein dieser Initiative, die im Herbst starten sollte. Mit einem offenen, beteiligungsorientierten Prozess kann es gelingen, das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen und durch konkrete **Reformen** die EU wieder besser aufzustellen und handlungsfähig zu machen.

Gerechte Beteiligung am Gemeinwesen

Europäische Solidarität kann nur gelingen, wenn neben den EU-Mitgliedstaaten auch multinationale Unternehmen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise und der Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Eine Besteuerung der digitalen Großkonzerne ist ebenso erforderlich wie mehr Transparenz und eine stärkere **Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung** durch einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze auf europäischer wie auf globaler Ebene. Eine **Digitalsteuer** trifft zum Beispiel große Unternehmen, die aufgrund der Lockdown-Maßnahmen zum Teil bessere Geschäfte als zuvor gemacht haben. Nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus den OECD-Diskussionen über einen globalen Ansatz für eine Digitalsteuer sind nationale Initiativen einzelner Mitgliedstaaten zu einer Digitalsteuer nicht auszuschließen. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss eine aktive Rolle dabei spielen, den Vorschlag der Kommission im Europäischen Aufbauplan für eine Digitalsteuer als Eigenmittel der Union durchzusetzen.

Auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundesregierung, im Bundestag und im Europäischen Parlament liegt ein Wiederaufbauprogramm für Europa auf dem Tisch, das den Anforderungen dieser historisch einmaligen Krise gerecht wird. **Europäische Solidarität ist die richtige Antwort auf Rechtspopulismus und Nationalismus.**

2. Zukunft wird mit Mut gemacht – Green Deal und Digitalunion

Maßgeblich beim Weg aus der Corona-Krise sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entgegen den Vorstellungen vieler Konservativer der **European Green Deal** ebenso wie eine **faire Digitalisierung Europas**. Das sind unsere beiden Leitplanken für einen sozial-ökologischen Wandel zu Klimaneutralität und mehr Gerechtigkeit. Nachhaltige Vorgaben sind der logische Weg hin zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Gesellschaft.

Wie Europa nachhaltig klimaneutral wird

Die Bundesregierung sollte darauf hinarbeiten, dass der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union sich noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem Europäischen Parlament auf ein ambitioniertes EU-Klimagesetz einigen. Die EU soll den Treibhausgas-Ausstoß bis 2030 um mindestens 55 Prozent verringern und **bis spätestens 2050 klimaneutral sein**. Das Europäische Parlament wird schon im Oktober seinen Standpunkt zum Klimagesetz mit einem ambitionierten 2030-Ziel verabschieden. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss daher dafür

sorgen, dass die Diskussionen schnell vorankommen und die EU bis spätestens zum Ende des Jahres ihr Ziel deutlich anhebt, so wie es das Paris-Abkommen vorsieht. Das Corona-Virus hat einmal mehr gezeigt, wie eng Naturschutz und menschliche Gesundheit miteinander verbunden sind. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte daher die ambitionierte Initiative der Europäischen Kommission für eine neue **EU-Artenschutzstrategie** aufnehmen und dafür sorgen, dass ein hohes Ambitionsniveau für den Schutz der Natur und der Arten in Europa gesichert wird. Besonders die **EU-Agrarpolitik** braucht einen echten Neustart, bei dem die Agrarsubventionen vor allem für öffentliche Leistungen wie Umwelt-, Klima- und Artenschutz sowie die Verbesserung des Tierwohls und nicht hauptsächlich pauschal nach Fläche des landwirtschaftlichen Betriebs gewährt wird. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte ambitionierte und verbindliche Ziele in der **Kreislaufwirtschaft** verfolgen. In diesem Zusammenhang fordern wir Gesetze für spezifische Produkte für mehr Ressourceneffizienz, um nachhaltigen Verbrauch zu fördern. Einen besonderen Fokus sollte die Ratspräsidentschaft auf die Umsetzung des **Rechts auf Reparatur** und ein **Verbot von Mikroplastik** in unseren Kreislaufsystemen legen.

In der Verkehrspolitik braucht es wichtige Maßnahmen, die die Dekarbonisierung vorantreiben. So brauchen wir **Ladeinfrastruktur** und andere Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, um alternativen Antrieben endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Außerdem sollte die deutsche Ratspräsidentschaft zügig eine Ratsposition zur **Eurovignetten-Richtlinie** finden, um mehr Anreize für klimafreundliche Mobilität in der Logistik zu schaffen.

Unternehmen müssen verpflichtet werden, die Menschenrechte und Umwelt innerhalb ihrer internationalen **Lieferketten zu schützen**. Unternehmen und Finanzdienstleister, die Produkte auf dem europäischen Markt anbieten, müssen nachweisen, dass diese nicht zu Entwaldung, Waldschädigung und weiteren Umweltschäden wie großflächiger Verschmutzung und Vergiftung beigetragen haben - und damit zu zusammenhängender Verletzung von Menschenrechten, insbesondere von Rechten der indigenen Bevölkerung.

Fair digitalisieren

Im Sinne einer fairen Digitalisierung sollte die deutsche Ratspräsidentschaft sowohl die digitale als auch die technologische **Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit** Europas stärken und sicherstellen, dass unsere **hohen Arbeitsschutzstandards** nicht untergraben werden. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Online-Interaktionen zunehmend die Grundlage unseres sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens geworden sind. Das erfordert, dass wir das Internet als öffentlichen Raum gestalten, in dem Grundrechte gewahrt werden und soziale sowie wirtschaftliche Prozesse online mit der gleichen Absicherung stattfinden wie offline. Dazu benötigen wir faire Rahmenbedingungen für die datenbasierte Wirtschaft. Wir brauchen einen eindeutigen Rechtsrahmen für den Datenaustausch. Europa kann

durch zukunftsweisende Maßnahmen zur fairen Gestaltung der Digitalwirtschaft eine Vorreiterrolle einnehmen und mit **europäischen Standards** weltweite Maßstäbe setzen. Europäische Standards beinhalten vor allem auch ethische Aspekte, die die Privatsphäre der Europäerinnen und Europäer schützen und einen Missbrauch ihrer persönlichen Daten verhindern sollen. Darüber hinaus ist es wichtig, den Gebrauch und die Anwendung von künstlicher Intelligenz (KI) in Waffensystemen und Kampfdrohnen unter strengster moralischer Aufsicht zu stellen. Auf keinen Fall darf künstliche Intelligenz selbstständig über die Frage von Leben und Tod entscheiden. Der Einsatz und die Anwendung von KI müssen immer aus einer Perspektive erfolgen, die den Werten der Charta der Grundrechte der Europäischen Union entspricht. Europa muss den Zugang eigener **europäischer Anbieter** digitaler Dienste zum digitalen Binnenmarkt erleichtern und **Schutz gegen Desinformation und Cyberkriminalität** sicherstellen. Die Grundrechte wie Meinungsfreiheit sowie der Schutz personenbezogener Daten und des Privatlebens müssen geschützt werden.

Die Ratspräsidentschaft muss sich zudem für eine Aktualisierung der EU-Vorschriften für den Schutz der elektronischen Kommunikation (**ePrivacy**) einsetzen, da die aktuellen Regeln veraltet sind. Die Reform darf das aktuelle Schutzniveau nicht unterlaufen.

Bei der Entwicklung von **Künstlicher Intelligenz** müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Auf keinen Fall dürfen wir die europäischen Grundrechte auf Datenschutz, auf den Schutz der Privatsphäre oder auf Nichtdiskriminierung unterlaufen. Bei der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Auf keinen Fall dürfen wir die europäischen Grundrechte auf Datenschutz, auf den Schutz der Privatsphäre oder auf Nichtdiskriminierung unterlaufen. Die Europa-SPD steht nach wie vor für ein Moratorium gegen KI-getriebene Anwendungen zur Gesichtserkennung.

Die Ratspräsidentschaft muss daran arbeiten, die europäische **Digitalunion** zu vollenden, um Europa stabiler und robuster zu machen und die europäische Integration zu stärken. Alle Europäerinnen und Europäer müssen einen sicheren **Zugang zu schnellem Internet** haben.

Bei Digitalisierung und Dekarbonisierung darf niemand zurückgelassen werden. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Bürgerinnen und Bürgern und unserer Industrie erlauben, aktiv am sozial-ökologischen Wandel teilzunehmen, ihn mitzugestalten und gestärkt daraus hervorzugehen. Wir setzen darauf, dass die Ratspräsidentschaft die Chancen nutzen wird, die sich dazu im Green Deal und in der neuen Industriestrategie bieten. Insbesondere die Wasserstoffstrategie der Kommission muss dazu genutzt werden, dass Europa in diesem wichtigen neuen Industriezweig führend wird.

3. Europäisches Auffangnetz für Beschäftigte knüpfen

Die Corona-Krise setzt viele Bürgerinnen und Bürger durch steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und der Schließung wichtiger Einrichtungen wie den Schulen sowohl finanziell als auch sozial unter Druck. Vor allem aber hat die Krise bereits bestehende soziale Ungleichheiten in Europa noch deutlicher offengelegt. Wir fordern die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen durch konkrete Instrumente und Maßnahmen.

Massenarbeitslosigkeit verhindern und Folgen abmildern

Das von der EU-Kommission initiierte Krisenprogramm SURE soll Mitgliedstaaten durch Kredite unterstützen, ihre Systeme zur **Kurzarbeit** zu finanzieren. Das ist ein wichtiger Schritt, doch wir fordern mehr: Seit langem kämpft die Europa-SPD für die Einführung einer sogenannten europäischen **Arbeitslosenrückversicherung**, welche die nationalen Arbeitslosensysteme bei sprunghaft ansteigender Arbeitslosigkeit finanziell unter die Arme greift. Auch fordern wir erste Schritte für einen Rechtsrahmen für Systeme zur **Grundsicherung** in den Mitgliedstaaten unter der deutschen Ratspräsidentschaft, damit wir die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger in der EU verbessern.

Fair bezahlt– europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne

Auf Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, nicht zuletzt während der Europawahlen, hat die EU-Kommission die Schaffung eines **Rechtsrahmens für Mindestlöhne in Europa** in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen und Beratungen mit den Sozialpartnern gestartet. Jede sechste Arbeitskraft in der EU gilt als Geringverdiener, das können wir nicht hinnehmen. Eine weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich in Europa, durch die Pandemie noch verstärkt, schwächt unseren Zusammenhalt und in Konsequenz auch den Wirtschaftsstandort Europa.

Gleichstellung auf allen Ebenen

Die europäische Gleichstellungspolitik muss während der deutschen Ratspräsidentschaft vorangetrieben werden. Dabei geht es um bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Transparenz bei der Entlohnung, zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, und die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. Zudem setzen wir uns dafür ein, während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands die europäische Richtlinie für die Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten zu verabschieden.

Kinder brauchen unsere Garantie

Ungleichheit in Europa – und besonders in Deutschland – vererbt sich über Generationen, beispielweise im Bereich der Bildung. Chancenungleichheit durch fehlende finanzielle Absicherung der Familien schadet der Zukunft unserer Kinder. Die von der sozialdemokratischen Fraktion entworfene **Kindergarantie** kämpft dagegen an: Durch einen EU-Fonds wird für armutsgefährdete Kinder der Zugang zu notwendigen Waren und Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, Ernährung, Wohnung und Bildung ermöglicht. Somit ist die Kindergarantie ein essentieller Baustein für ein soziales Europa, während und nach der Corona-Krise.

Ein grenzenloses Europa und faire Mobilität

Die Grenzsicherungen haben die Freizügigkeit von Arbeitskräften behindert und 1,5 Millioneneuropäische Grenzpendler in ihren sozialen Rechten bedroht. Wir fordern die Gewährleistung der **Arbeitnehmerfreizügigkeit**, die Einhaltung der rechtlich garantierten fairen Arbeitsbedingungen und die volle Anwendung des Prinzips des **gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort** in der EU. Gegen die Ausbeutung mobiler Arbeitnehmerinnen muss stärker als bisher vorgegangen werden.

4. Für einen humanen und solidarischen neuen Migrationspakt

Die Situation im Jahre 2015, aber auch die letzten Jahre haben mehr als deutlich gezeigt: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem bedarf einer grundlegenden Überholung. Denn bisher ist der Mitgliedstaat für einen Asylantrag zuständig, in den der Asylsuchende zuerst eingereist ist. So sind einige wenige Mitgliedstaaten, allen voran Griechenland, Zypern und Malta für den Großteil der Asylanträge zuständig. Das ist weder fair noch nachhaltig. Bisher scheitert eine Reform dieses Systems jedoch an der Blockade im Ministerrat.

Neuer Pakt in der Migrationspolitik

Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte sich im Rahmen der bevorstehenden Veröffentlichung des Neuen Migrationspakts für eine **humane und solidarische Migrations- und Asylpolitik** einsetzen. Die jahrelange Blockade der Asylreform durch den Rat muss beendet werden, damit endlich eine europäische Lösung gefunden werden kann, die auf dem **individuellen Recht auf Asyl** basiert und die Einzelfallprüfung gewährleistet. Die ungleich auf die Mitgliedstaaten verteilten Herausforderungen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden müssen wir mit

gemeinschaftlicher Verantwortung angehen. Hierfür sollte die Bundesregierung die Grundlage zwischen den Mitgliedstaaten schaffen.

Legale Migrationswege schaffen

Zudem gilt es, neue **legale und sichere Einwanderungsmöglichkeiten** in die EU zu schaffen, um Flüchtende zu schützen und benötigte Arbeitskräfte zu gewinnen, insbesondere durch den Abschluss der Reform der Blauen Karte-EU.

5. Rechtsstaat und Demokratie verteidigen

Die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien ist ein Grundpfeiler der EU – Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf einen funktionierenden Rechtsstaat verlassen, auf eine neutrale und unabhängige Justiz vertrauen und sich fairer Verfahren sicher sein können. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dürfen jedoch nie als selbstverständlich betrachtet werden: In einigen Teilen der EU sind sie derzeit stark gefährdet. Richterinnen und Richter werden in Polen in der unabhängigen Ausführung ihrer Ämter beschränkt, in Ungarn wird die Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt, die unabhängige Zivilgesellschaft und freie Presse mundtot gemacht..

Über Rechtstaatlichkeit wachen

Das Europäische Parlament hat bereits 2018 das mehrstufige Artikel-7-Verfahren gegen die Regierung Ungarns aktiviert, die Europäische Kommission im gleichen Jahr gegen die polnische Regierung. Gemäß der letzten Stufe könnten die Mitgliedstaaten die Länder zum Beispiel mit Stimmrechtsentzug im Ministerrat bestrafen, sie müssten jedoch vorher einstimmig eine Verletzung unserer Werte feststellen. Das Verfahren scheidet bisher jedoch an der Zögerlichkeit der Mitgliedstaaten. Wir benötigen daher neue Werkzeuge, um die Kultur der Rechtsstaatlichkeit in Europa zu fördern. Die deutsche Bundesregierung muss die Artikel 7-Verfahren daher zurück auf die Tagesordnung des Rates bringen und den Stillstand der Verfahren überwinden.

Damit die Rechtstaatlichkeit nicht im Verborgenen ausgehöhlt werden kann, müssen Europäerinnen und Europäer gemeinsam über ihre Einhaltung wachen. Als Parlament fordern wir schon seit Langem einen **Rechtsstaatlichkeitsmechanismus**, der alle EU-Mitgliedstaaten regelmäßig auf Basis unabhängiger Kriterien auf ihre Rechtsstaatlichkeit überprüft. Mit dem Kommissionsvorschlag für einen jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit liegt nun ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch, der jedoch aus unserer Sicht zu wenig

Themengebiete für die Analyse abdeckt; zudem fehlen bisher konkrete Konsequenzen. Daneben müssen alle im Rechtssystem tätigen Personen in Zukunft besser im EU-Recht geschult werden. Das jährlich erscheinende **EU-Justizbarometer**, das Daten zu den jeweiligen nationalen Justizsystemen in Bezug auf Unabhängigkeit, Effizienz und Qualität liefert, **muss** darüber hinaus **ausgebaut werden**.

Respekt für den Rechtsstaat – EU-Gelder nicht ohne Konditionen

Wenn Regierungen strukturell europäische Werte missachten, können sie nicht weiter an europäischer Förderung teilhaben. Ein **Sanktionsmechanismus** muss deshalb Teil der langfristigen EU-Finanzplanung werden. Gleichzeitig sollen Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger, zum Beispiel aus der Zivilgesellschaft, nicht für das Versagen ihrer Regierung bestraft werden. Deshalb sollten Wege gefunden werden, den demokratiefeindlichen Regierungen Mittel zu entziehen, sie den förderungswürdigen Empfängerinnen und Empfängern aber dennoch zukommen zu lassen.

Keine Krise und keine Pandemie darf zu einer Missachtung nationalen und europäischen Rechts oder auch internationaler Normen führen; insbesondere die Werte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte (Art. 2 EU-Vertrag) müssen bedingungslos garantiert sein. Dafür muss Deutschland während der Ratspräsidentschaft einstehen.

Transparenz schaffen

Wir benötigen daher neue Werkzeuge, um die Kultur der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa zu fördern. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger hängt entscheidend von einer transparenten Gesetzgebung ab. Auf europäischer Ebene existiert daher schon ein Transparenzregister für Interessenvertreter in EP und Kommission. Nun gilt es auch die Mitgliedstaaten im Rat an Bord zu holen, um ein echtes **EU-Transparenzregister** einzuführen.

6. Gesundheitsunion – Austausch von Masken, Arznei, Medizingeräten

In Krisenzeiten wird die Bedeutung eines starken öffentlichen Gemeinwesens besonders deutlich. Die Pandemie hat offengelegt, dass der Zugang zu einer modernen und umfassenden Gesundheitsversorgung verbessert werden muss. Die EU verfügt über entscheidende Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Die Gesundheitssysteme liegen jedoch in der alleinigen Verantwortung der Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene besteht daher nur eine minimale Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die Corona-Krise führt uns vor Augen, dass wir

die **EU-Agenturen zum Katastrophenschutz stärken** müssen, eine **Strategie für die Herstellung pharmazeutischer Produkte** innerhalb der EU brauchen und dafür ganz besonders **in Forschung und Entwicklung investieren** müssen. Darüber hinaus können wir auch in weiteren Bereichen mit mehr europäischer Zusammenarbeit vieles besser machen:

Besser gewappnet: Gesundheitssysteme müssen Stresstest bestehen

Um auf künftige Pandemieszenarien vorbereitet zu sein, sollten die Mitgliedstaaten **Stresstests** an ihren Gesundheitssystemen durchführen, um zu überprüfen, ob sie auf die nächste Gesundheitskrise vorbereitet sind. Diese Tests sollten gemäß den von der Kommission festgelegten Parametern durchgeführt werden und den Mitgliedstaaten helfen, die Bereiche zu ermitteln, in denen ihre nationalen Gesundheitssysteme verbessert und finanziert werden müssen.

Gut versorgt: Europäische Standards für Gesundheitssysteme, die schützen

Die Ungleichheiten zwischen Europäerinnen und Europäern in der Gesundheitsversorgung sind gravierend. Wir wollen nie wieder Situationen erleben müssen, in denen Patientinnen und Patienten nicht angemessen versorgt werden können und Pflegekräfte an ihre Grenzen stoßen. Krankenhausbetten pro Kopf, Kapazitäten für die Intensivpflege, Anzahl der Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte pro Kopf, Rate der Gesundheitsausgaben sowie Zugang und Erschwinglichkeit von medizinischer Versorgung: Dies sollten Kriterien für einen Stresstest der europäischen Gesundheitssysteme sein. Wir müssen überprüfen, wann ein Gesundheitssystem gut aufgestellt ist und welche Risiken für die Bevölkerung im Falle einer Überlastung entstehen. Wir wollen in einem Europa leben, in dem ein Mindestmaß an Krankenversicherungsleistungen abgedeckt wird und die Gesundheit von besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen geschützt wird.

Europäische Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten

Die Pandemie hat die Notwendigkeit unterstrichen, die europäische Produktion von Schlüsselprodukten zu stärken und eine starke widerstandsfähige **EU-Gesundheitsindustrie** aufzubauen, die Geräte für Krankenhäuser, aktive pharmazeutische Wirkstoffe und Medikamente herstellen kann. Die Kommission soll ihren Vorschlag zur Pharmastrategie schnellstmöglich veröffentlichen, um die Versorgungssicherheit innerhalb der Union zu gewährleisten und die Produktion von Arzneistoffen und Arzneimitteln in die EU zu verlagern. Weiterhin sollte eine **Datenbank mit nationalen Beständen** an Arzneimitteln und Medizinprodukten erstellt werden.